



HESSISCHER LANDTAG

HHA

Änderungsantrag

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: Schaffung von 300 neuen Stellen für Volljuristen (Richter und Staatsanwälte)

Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bereitstellung Rechtsprechungspotenzial Oberlandesgericht

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	242.757.700	+30.000.000	272.757.700

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Viele Bürger beklagen sich über eine zu lange Wartezeit bis ein Gerichtsverfahren eröffnet wird und über die Länge der Verfahren an sich. Vor allem in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die mit vielen Asylverfahren beschäftigt ist, fehlt es an Richtern. In der Zivilgerichtsbarkeit fehlt es an Richtern auf Grund der immer noch andauernden Klagewelle aus dem Dieseldieselskandal und auch in der Strafrichterbarkeit kommt es zu massiven Engpässen bei der Bearbeitung der Strafverfahren. Nach Einschätzung des Richterbundes fehlen in Hessen derzeit etwa 300 Richter und Staatsanwälte. Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren immer mehr Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Beim Verwaltungsgericht Frankfurt liegt der Altersschnitt bei über 57 Jahren. Bis 2030 würden zudem etwa 40 Prozent aller heute noch aktiven Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Aktuell bereiten dem Richterbund Hessen vor allem die Gewinnung des Nachwuchses und die personelle Ausstattung Sorgen, sagte der Sprecher des hessischen Richterbundes, Johannes Schmidt, der Deutschen Presse-Agentur. „Aus Sicht des Richterbundes Hessen ist ein Konzept der Justizverwaltung, wie auf all das reagiert werden soll, nicht zu erkennen“, so lautet es in einem Artikel der FAZ vom 02.01.2019. Daher fordern wir als hessische Landtagsfraktion der AfD 300 neue Planstellen für Richter und Staatsanwälte in Hessen für das Jahr 2020. Wer als lediger Richter oder Staatsanwalt in den Beruf einsteigt, erhält laut jüngsten Zahlen

des Deutschen Richterbundes im bundesweiten Durchschnitt 48 000 Euro brutto im Jahr, dazu kommen noch weitere Kosten der Organisation.

Die Stellen sind hier zentral veranschlagt, können aber auch von anderen Gerichtsbarkeiten in Anspruch genommen werden.

Wiesbaden, 14.01.2020

Für die Fraktion der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou